

# Einleitung

Edmund Burke scheint fürs Erste sicher zu sein. Man kann sich nicht darauf verlassen, aber es gibt berechtigte Hoffnung, dass seine Statue auch in Zukunft vor dem Trinity College in Dublin stehen wird. Sie soll den modernen Bilderstürmern nicht zum Opfer fallen. Zumindest dann nicht, wenn es nach dem Autor geht, der in der Studentenzeitschrift *Trinity News* die Frage stellte, welche Statuen rund um die traditionsreiche Universität gestürzt werden sollten.<sup>1</sup> Vielleicht müsse keine von ihnen fallen, schreibt er, aber es sei nur recht und billig, dies vorher genau zu prüfen. Die Untersuchung bedarf keines Anfangsverdachts. Burkes Statue ist die erste, die auf diese Weise in den kritischen Blick des Autors gerät.

Burke, 1730 in Dublin geboren und selbst Absolvent des Trinity College, hat sich aus Sicht des Autors gleich dreier Vergehen schuldig gemacht, die sein Monument zum sichtbarsten Symbol des britischen Empire auf dem Campus machen: Erstens habe er versucht, dem Empire eine moralische Grundierung zu geben; zweitens sei er »the pioneer of the political philosophy of conservatism« gewesen; und drittens habe er bekanntermaßen die Französische Revolution abgelehnt.

Nicht jeder wird das für verurteilenswerte Handlungen oder Eigenschaften halten. Selbst der Autor des inkriminierenden Artikels glaubt, hinter den von ihm entdeckten Schattenseiten ein paar Lichtblicke erkennen zu können – »a sort of integrity«, wie er es nennt. So sei Burke als Mitglied des House of Commons dafür eingetreten, Katholiken politische Rechte zuzugestehen, und habe einen Prozess gegen Warren Hastings angestrengt, den ehemaligen ersten Generalgouverneur von Bengal. Und schließlich habe er an ein gerechtes britisches Empire geglaubt – immer noch eine Ungeheuerlichkeit, aber doch weniger schlimm, als wenn er es um der Unterdrückung willen befürwortet hätte. Bevor man sich Burkes

Statue zuwende, solle man daher nach lohnenderen Objekten Ausschau halten.

Interessant an der Argumentation ist vor allem, dass Burke nicht aufgrund seiner Bedeutung in der Geschichte des politischen Denkens oder der Geschichte Großbritanniens ein Denkmal verdient, sondern nur, weil er eben auch ein paar gute Seiten hatte. Gleichwohl führt der Artikel der *Trinity News* vor Augen, dass man auch in inquisitorischer Absicht und mit holzschnittartigen Charakterisierungen ein teilweise zutreffendes Bild zeichnen kann. Vor allem die mildernden Umstände werden dem Angeklagten gerecht. Burke gehörte der Partei der Whigs an und war während seines ganzen politischen Lebens ein Streiter für Gerechtigkeit – in dem Rahmen, in dem es im 18. Jahrhundert möglich war. Stellt man das neben seinen Widerstand gegen die Französische Revolution und die Behauptung, er habe den »Konservatismus« erfunden, kommt man dem Bild nahe, das in vielen Textbüchern zur Ideengeschichte zu finden ist. In der Tat darf Burke in keinem Abriss der Geschichte des politischen Denkens fehlen.

In früheren Zeiten wäre das allein schon ein Grund gewesen, die Idee für absurd zu erklären, dass man sein Denkmal schleifen müsse. Heute hat keine historische Gestalt mehr diese Sicherheit. Aber selbst wenn sich die Leitung oder die Studierenden des Trinity College eines Tages entschließen sollten, Burke vom Sockel zu holen, täte das seinem Rang keinen Abbruch. Es ist nicht übertrieben, ihn als einen der bedeutendsten, wenn nicht den bedeutendsten politischen Denker des 18. Jahrhunderts zu bezeichnen – dann zumindest, wenn man das Attribut »politisch« ernst nimmt. Im intellektuell reichen Zeitalter der Aufklärung gab es größere Philosophen als Burke. Man muss dabei nicht einmal an Immanuel Kant oder Voltaire denken. Auch John Locke oder Vertreter der schottischen Aufklärung wie David Hume oder Adam Smith überragen Burke als systematische, nach Abstraktion strebende Denker. Aber keiner hat das Problem des Politischen mit derselben Konsequenz und Energie durchdrungen wie Burke. Keiner hat uns tiefere Einsichten in den Zusammenhang von Bewahrung und Reform in einem parlamentarischen, auf Freiheiten gegründeten System hinterlassen als er.

Der Rahmen, in dem sich Burke bewegte, war weniger die Welt der Bücher als die Arena der Politik. Er war der wahrscheinlich bedeutendste Parlamentarier seiner Zeit, brachte es aber wegen seiner Herkunft aus der

Mittelklasse nie bis ins Kabinett. Die literarische Form, mit der dieser anglo-irische Politiker brillierte, war nicht die gelehrte, methodisch vollendete Abhandlung, mit der er versucht hätte, metaphysische Höhen zu erklimmen. Er war ein Meister der parlamentarischen Rede und des tagespolitisch motivierten Pamphlets, mit denen er gleichwohl philosophische Einsichten präsentierte. Wie sonst sollte man Burkes tiefgreifendes Bemühen nennen, die politische und soziale Natur des Menschen zu durchdringen, wenn nicht politische Philosophie? Tatsächlich war Burke nicht nur Staatsmann, sondern auch Philosoph – ein Philosoph *sui generis*, oder besser: Er war Philosoph, weil er Staatsmann war. Der Staatsmann, den er sich vorstellte und für den er sich hielt, war ein »philosopher in action«<sup>2</sup>.

Mit diesem Anspruch näherte er sich den politischen Problemen und kam zu überzeitlich interessanten, wenn nicht gültigen Einsichten. Dabei machten ihn seine Kommentare zur Französischen Revolution durchaus nicht zum »Vater des Konservatismus«, wie man es mitunter immer noch lesen kann.<sup>3</sup> Erst an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert stilisierten ihn einige britische Autoren zu einem »Tory« oder »Konservativen« im parteipolitischen Sinne, und in den 1950er Jahren schlossen sich dem einige amerikanische Historiker an. In Deutschland galt Burke ohnehin schon seit dem frühen 19. Jahrhunderts als ein konservativer Vertreter der Romantik und in Frankreich als ein Gewährsmann der Gegenrevolution.

Dabei war Burke nie etwas anderes als ein Verfechter der von den Whigs geprägten britischen politischen Ordnung des 18. Jahrhundert, die sich durch Freiheiten auszeichnete, von den die Staaten auf dem Kontinent weit entfernt waren. Zeitlebens kämpfte er für die Bewahrung des *revolution settlement*, dafür, die Ergebnisse der Glorious Revolution von 1688/89 zu sichern, die geistig auf der Philosophie von John Locke beruhten. Das galt auf allen Gebieten: Einmal verteidigte Burke die Rechte des Parlaments gegen die Übergriffe der Krone, ein anderes Mal die Freiheiten der Bürger der Dreizehn Kolonien in Amerika gegen die Anmaßungen von Regierung und Parlament in London, dann wieder die Rechte der Menschen in Indien gegen die Politik Warren Hastings und schließlich die Idee einer maßvollen, geordneten Freiheit gegen die destruktiven Theorien, die die Französische Revolution befeuerten.

Es ging Burke also um nichts anderes als die Bewahrung einer politischen Ordnung, die sich über Jahrhunderte entwickelt hatte und die in der Glorious Revolution mit Macht bestätigt worden war. Die Erhaltung dieser Ordnung und der durch sie garantierten Freiheiten war aus seiner Sicht am besten mit einer gelegentlichen, in bestimmten Situationen gebotenen, aber immer begrenzten Reform zu erreichen. Das, was man Burkes »Konservatismus« nennen kann, ist somit im Wesentlichen eine kontextgebundene Herangehensweise an die Politik. Er war Vertreter einer Form der Aufklärung, die J. G. A. Pocock als »konservativ« bezeichnet hat.<sup>4</sup> »Konservative Werte« oder dergleichen kannte er hingegen nicht. Die Substanz seines Denkens und Handelns war vielmehr eine Variante des Whiggismus des postrevolutionären Großbritannien.

Aus der Rückschau lässt sich Burke deshalb am besten als Stichwortgeber eines gemäßigten Liberalismus verstehen – eines Liberalismus, den man statt »gemäßigt« auch »konservativ« nennen kann. Dieser konservative Liberalismus oder Liberalkonservatismus entwickelte sich erst im Großbritannien des 19. Jahrhunderts – zwar unter Burkes Einfluss, aber ohne ihn und in einem anderen Kontext. Als eine Doktrin der Mitte hat der konservative Liberalismus das britische politische System bis zum Ersten Weltkrieg und im Grunde noch im 20. Jahrhundert geprägt. Burke jedoch kann nur in seinem eigenen Jahrhundert verstanden werden. Politik war für ihn keine Sache von Ideologien, sondern die an den Tugenden der Klugheit und Mäßigung orientierte Suche nach Lösungen für konkrete Probleme. Als Whig, der nur angesichts der Französischen Revolution die Notwendigkeit verspürte, sich als »Old Whig« zu bezeichnen, war er ein Kind des Zeitalters der Aufklärung.

# 1 Das britische politische System im 18. Jahrhundert

Immer noch gilt die Französische Revolution landläufig als Ausgangspunkt der politischen Moderne, als das Ereignis, das der Entwicklung der liberalen Demokratie in der westlichen Welt den Weg ebnete. Diese Interpretation lässt jedoch zweierlei außer Acht: erstens, dass in der Amerikanischen Revolution schon mehr als zehn Jahre zuvor die gleichen Freiheiten proklamiert wurden, und zwar mit deutlich größerem Erfolg als in Frankreich; und zweitens, dass auch die Gründerväter der Vereinigten Staaten die Rechte und Freiheiten, die die *Declaration of Independence* von 1776 verkündete, nicht durch göttliche Eingebung entdeckt hatten.

In der *Declaration of Independence* ist zwar die Rede davon, dass alle Menschen von ihrem Schöpfer mit »certain unalienable rights« ausgestattet worden seien.<sup>5</sup> Aber diese unveräußerlichen Rechte sind am Ende doch nichts anderes als die *rights of Englishmen*, die ins Universale gewendet werden. Ohne das Vorbild des Mutterlandes, auf dessen Freiheiten sich die Amerikaner bei ihrem Protest gegen die Besteuerung durch das britische Parlament beriefen, hätten die Gründerväter diesen Weg nicht beschreiten können. Das trifft auch auf die Verfasser der französischen *Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen* vom 26. August 1789 zu, die gleichwohl den Eindruck erweckten, als seien sie die Ersten, die die Menschen- und Bürgerrechte aufgeschrieben und feierlich verkündet hätten.<sup>6</sup> Die Feststellung, dass deren Missachtung für alle gesellschaftlichen und staatlichen Übel verantwortlich seien, suggerierte, dass sie bisher nirgends gegolten hätten. Die *Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen* sollte endlich eine ideologische Grundlage für den Gebrauch dieser Rechte und Freiheiten bieten.

Der britische Philosoph Michael Oakeshott hat dazu bemerkt, dass diese »Ideologie« der Menschen- und Bürgerrechte genauso wenig vor ihrer

praktischen Anwendung existiert habe, wie ein Kochbuch vor dem Erlernen des Kochens geschrieben werden könne. In Wirklichkeit enthalte die französische Erklärung in abstrakter und verkürzter Form nichts anderes als »the common law rights of Englishmen«, die nicht das Geschenk unabhängiger Reflexion oder göttlichen Wirkens gewesen seien, sondern das Ergebnis jahrhundertelanger politischer Praxis.<sup>7</sup> Dieser Prozess lässt sich bis zur *Magna Charta* von 1215 zurückverfolgen und erreichte seinen vorläufigen Höhepunkt in der *Bill of Rights* von 1689, die sowohl den amerikanischen als auch den französischen Revolutionären als Vorbild diente. Sie ist das Ergebnis der Glorious Revolution von 1688/89, die somit als der eigentliche Ausgangspunkt der politischen Moderne betrachtet werden muss. Vor allem aber schuf die Glorious Revolution die Grundlage der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Großbritanniens im 18. Jahrhundert.

## Die Folgen des Bürgerkriegs

Mit der Glorious Revolution endete in England ein Zeitalter der Unruhen und der Gewalt. Im 17. Jahrhundert hatte das Land eine Revolution erlebt, die in ihrem Ausmaß und ihren Folgen der Französischen Revolution in nichts nachstand. Brach sich in Frankreich eine durch die Aufklärung vorbereitete, dann aber radikal übersteigerte Ideologie vermeintlicher Freiheit Bahn, war die Englische Revolution von 1642 bis 1649 ein Bürgerkrieg zwischen zwei verfassungspolitischen Prinzipien, zwischen Absolutismus und Parlamentarismus. Das war jedoch nicht alles. *Cavaliers* und *Roundheads*, wie die gegnerischen Lager seit 1649 etwas zu pauschal genannt wurden, standen auch für konkurrierende religiöse Überzeugungen. Die *Cavaliers*, die König Karl I. unterstützten, waren Anhänger der Staatskirche, der Church of England, die *Roundheads* Puritaner, Anhänger eines radikalen Calvinismus. Lange Zeit ist dieser Gegensatz auch sozio-ökonomisch verstanden worden. Die royalistischen *Cavaliers* waren demnach Angehörige des Adels im eigentlichen Sinne (*nobility*), also derjeni-

gen Familien, deren Oberhäupter Peers waren. Die Peers trugen den Titel Baron, Viscount, Earl, Marquess oder Duke und hatten erbliche Sitze im House of Lords. Mit den *Roundheads* standen ihnen Vertreter der Gentry gegenüber: Landbesitzer, die Baronets, Knights genannt wurden oder titellos waren und ihr politisches Forum im House of Commons hatten. Beide Schichten waren freilich nicht so leicht voneinander zu trennen. Der Übergang war fließend. Neue Forschungen haben zudem gezeigt, dass Angehörige beider Schichten auf beiden Seiten des politisch-religiösen Grabens zu finden waren und dass die Spaltung quer durch das Land ging, durch jede Stadt, jedes Dorf, jede Familie.<sup>8</sup>

Der Bürgerkrieg endete 1649 mit dem Sieg des puritanisch geprägten Parlamentsheeres, der New Model Army unter Thomas Fairfax und Oliver Cromwell. Nachdem Karl I. am 30. Januar 1649 wegen Hochverrats entthauptet worden war, wurde England unter dem Namen Commonwealth of England zur Republik. Das House of Commons war nun das alleinige Parlament, die Exekutivgewalt lag zunächst bei einem Council of State und von 1653 an bei Cromwell als Lord Protector. Nach Cromwells Tod im Jahr 1658 übernahm sein Sohn Richard das Amt des Lord Protectors, musste es aber schon 1659 *de facto* wieder aufgeben, da er weder das Parlament noch die Armee zu kontrollieren vermochte. 1660 restaurierte das Parlament die Monarchie der Stuarts, und Karl II., der Sohn Karls I., bestieg den Thron. Das Parlament wurde in seiner alten Form – bestehend aus House of Lords und House of Commons – wiederhergestellt und mit ihm die Church of England.

## Die Glorious Revolution

Der Grundkonflikt der englischen Geschichte des 17. Jahrhunderts war damit freilich nicht gelöst. Die Frage nach dem richtigen Verhältnis von Krone und Parlament blieb unbeantwortet. Zumindest vorläufig galt wieder das aus dem 16. Jahrhundert stammende Prinzip des »King-in-Parliament«, nach dem König und Parlament gemeinsame Inhaber der

Souveränität waren.<sup>9</sup> Wer aber hatte das letzte Wort? Karl II. war ein in religiösen Fragen toleranter Monarch und neigte, obwohl er Oberhaupt der Staatskirche war, dem Katholizismus zu. In seiner Herrschaftszeit wurden zwar Gesetze beschlossen, die die Rechte von Katholiken und Dissentern – das sind außerhalb der Church of England stehende Protestanten – einschränkten; aber sie gingen nicht von ihm aus, sondern vom Parlament. Gleichzeitig war er jedoch ein König alten Stils, der das Gottesgnadentum zelebrierte und auf die Wahrung, wenn nicht Ausdehnung seiner Macht, der königlichen Prärogative, bedacht war.<sup>10</sup> Das war schon deshalb unrealistisch, weil er kein Monarch von Gottes Gnaden, sondern nach dem Willen des Parlaments war. House of Lords und House of Commons waren die eigentliche Verkörperung des restaurierten Systems.

Das Verhältnis von König und Parlament konnte also nicht allzu harmonisch sein, und der Machtkampf erreichte 1679 in der Exclusion Crisis einen ersten Höhepunkt.<sup>11</sup> Sie wurde durch eine Gesetzesvorlage des Earl of Shaftesbury ausgelöst, die später sogenannte *Exclusion Bill*. Mit ihr sollte der Duke of York, der Bruder Karls II., von der Thronfolge ausgeschlossen werden, weil er römisch-katholisch war, was ihn in den Augen seiner Gegner zu einem potentiellen Tyrannen mache. Dabei spielte es keine Rolle, dass der von Titus Oakes, einem ehemaligen Kaplan der Church of England, verbreitete Vorwurf, der Herzog stehe im Zentrum eines »papistischen« Komplotts, frei erfunden war. Den Vertretern der *Country Party*, die, wenn man so will, die Nachfolge der *Roundheads* angetreten hatten, genügte die Möglichkeit, um nervös zu werden.

Der Parteiengegensatz des 18. Jahrhunderts hat hier seinen Ursprung. Denn der aus Dissentern bestehenden *Country Party* stand eine *Court Party* gegenüber, die sich die Verteidigung der Rechte der Krone auf die Fahnen geschrieben hatte. Die aus den Reihen der *Country Party* stammenden Unterstützer der *Exclusion Bill* – die *Petitioners* – wurden bald Whigs genannt, die Gegner – die *Abhorrers* – wurden als Tories bekannt. Die Gesetzesvorlage scheiterte, und der Duke of York bestieg 1685 als Jakob II. den englischen und irischen sowie als Jakob VII. den schottischen Thron. Es zeigte sich bald, dass die Befürchtungen der Whigs nicht aus der Luft gegriffen waren. Anders als sein Bruder strebte Jakob II. tatsächlich die Rekatholisierung des Königreichs an und sah auch keinen Grund, diese Absicht zu verbergen. Was er in den kommenden drei Jahren unternahm,

führt die Naivität eines zur Regierung untauglichen Monarchen vor Augen, der glaubte, die Tory-Mehrheit im Parlament werde seinen Kurs stützen. Die Tories jedoch waren zwar Verfechter der Rechte der Krone, aber auch des Vorrangs der Church of England.

Jakob zerstörte das ohnehin geringe Vertrauen, das Adel und Gentry in ihn setzten, indem er plante, ein stehendes Heer von 20.000 Mann aufzubauen. Zu allem Überfluss wollte er auch noch eine große Zahl von Offiziersstellen mit Katholiken besetzen. Die protestantische Oberschicht musste das als einen Angriff auf das bestehende System verstehen. Um den Widerstand des House of Commons zu brechen, löste Jakob es 1687 auf und versuchte nun, die Dissenter unter den Protestanten für sich zu gewinnen. Er arbeitete an einer Verwaltung, die den Vorstellungen des kontinentalen, vor allem französischen Absolutismus entsprach, aber von der englischen Führungsschicht nicht akzeptiert werden konnte. Zweifellos strebte er danach, die Rolle des Parlaments empfindlich zu beschneiden.

Der Adel und die Gentry empfanden all diese Bemühungen zwar als Bedrohung, betrachteten sie aber nicht als existentiell, solange sie sicher sein konnten, dass nach Jakobs Tod seine protestantische Tochter Maria von Oranien Königin werden würde, die Ehefrau Wilhelms III. von Oranien, des Statthalters der Niederlande. Als Jakobs zweite Frau, die Katholikin Maria von Modena, jedoch im Juni 1688 einen Sohn gebar, war es mit der Ruhe vorbei. Im Mai desselben Jahres hatte Jakob von den Pfarrern der Church of England verlangt, eine schon ein Jahr zuvor verkündete *Declaration of Indulgence* von den Kanzeln zu verlesen. Sie versprach weitgehende religiöse Toleranz und die Aufhebung der *Penal Laws*, auf denen die Suprematie der Staatskirche über die Dissenter, vor allem aber über die Katholiken beruhte.<sup>12</sup>

War diese Erklärung an sich ein Affront für die englische Führungsschicht, die sich dem Erbe der Restauration verpflichtet fühlte, so erhielt sie durch die Geburt eines männlichen, katholischen Thronfolgers eine noch größere Tragweite. Denn in der Thronfolge standen Söhne vor Töchtern. Beides zusammen – die Geburt des Thronfolgers James Francis Edward Stuart, der niemals König wurde und später »The Old Pretender« genannt wurde, und die *Declaration of Indulgence* – erschien als wichtige Etappe auf dem Weg zur Wiederherstellung der katholischen Monarchie in England.

Nun fanden sich ein paar Vertreter der Oberklasse, die vor dem Äußersten nicht zurückschreckten und den König vom Thron stürzten. Jenseits dynastischer Legitimität und am Rande der Legalität schrieben sieben Peers am 30. Juni 1688 einen Brief an den Statthalter der Niederlande, in dem sie ihn einluden, in England zur Sicherung des Friedens zu intervenieren.<sup>13</sup> Zwei dieser Politiker, die später als *Immortal Seven* bekannt werden sollten, galten als Tories, fünf als Whigs; einer der Tories war ein zu dieser Zeit suspendierter Bischof der Church of England. Umtriebe hatte es schon vorher gegeben, in die auch Wilhelm von Oranien verwickelt gewesen war, aber er hatte erklärt, dass er nur dann in England eingreifen würde, wenn ihn die englische Elite dazu aufforderte.

Nun hatte sie es getan und damit die politische Nation über die herrschende Dynastie gestellt. Wilhelm nahm die Einladung vor allem deshalb an, weil er auf diese Weise England in seinen Kampf gegen die französische Expansionspolitik in den Niederlanden einbeziehen konnte. Innen- und außenpolitische Faktoren wirkten zusammen: Indem Ludwig XIV. nach der Hegemonie in Europa strebte, beförderte er die Revolution in England und schuf Frankreich damit wider Willen einen starken Widersacher im europäischen Mächtesystem. Nachdem Wilhelm von Oranien am 5. November 1688 in England gelandet war und die politische und militärische Elite schnell auf seine Seite gezogen hatte, floh Jakob II. nach Frankreich, was das Parlament als Abdankung interpretierte. Wilhelm von Oranien und seine Frau Maria bestiegen im April 1689 als Wilhelm III. und Maria II. gleichberechtigt den Thron, nachdem sie die *Bill of Rights* akzeptiert hatten. Diese Doppelkrönung erlaubte es beiden politischen Parteien, ihre Prinzipien als gewahrt zu betrachten. Die angeblich freiwillige Abdankung Jakobs und die Krönung seiner Tochter waren für die Tories Ausdruck dynastischer Kontinuität und Legitimität, während die Whigs in der Abdankung und der Krönung Wilhelms das souveräne Recht des Parlaments auf Wahl eines Königs sahen.

Bald schon war von einer »glorreichen« Revolution die Rede, weil kein Blut vergossen worden war. Streng genommen stimmte das nicht, denn in Schottland und Irland mussten die Anhänger Jakobs II. mit Waffengewalt unterworfen werden. Auch der revolutionäre Charakter der Glorious Revolution lässt sich in Zweifel ziehen. Sie war weder eine Revolution des Volkes – was auch immer das im 17. Jahrhundert hätte sein sollen –, noch